

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Name ist René Ketterer und ich komme aus dem beschaulichen Trossingen, zwischen südlichem Schwarzwald und der schwäbischen Alb.

Bevor ich mit dem Thema „GEZ-Abzocke bei Jugendunterkünften“ beginne, möchte ich einige Worte über meine Person verlieren. Ich selbst bin auf der anderen Seite der Welt geboren und aufgewachsen, nämlich in Chile. Als junger Mensch durfte ich zwei komplett gegenseitige politische Systeme erleben – zunächst ein sozialistisches kommunistisches System und danach eine Militärdiktatur. Diese Erfahrung in jungen Jahren hat zur Entwicklung meines Rechtsempfindens maßgeblich beigetragen und dazu geführt, dass ich mich unter anderem mit dem Thema öffentlich-rechtlicher Rundfunk und dessen Finanzierung befasse.

Vielleicht werden Sie sich fragen, wie kommt man dazu, sich mit diesem Thema zu befassen? Ganz einfach: Ich habe mir das nicht ausgesucht, sondern ich bin vor über elf Jahren langsam in diese Thematik hineingeraten. Anfang 2002 hatte ich zum ersten Mal eine sogenannte Begegnung der dritten Art – ein Rundfunkgebührenbeauftragter besuchte mich und wollte für meinen Betrieb zusätzliche Gebühren eintreiben. Dazu muss ich sagen, dass mein Betrieb damals lediglich aus einem kleinen Büro in meiner privaten Wohnung bestand, für die ich bereits die volle GEZ-Gebühr bezahlte. Der Rundfunkgebührenbeauftragte wollte mir klarmachen, dass ich auf jeden Fall für meinen PKW nochmal zahlen sollte, was ich natürlich nicht einsah, denn meine Betriebsstätte war gerade mal 3 bis 4 Meter von meinem Wohnzimmer entfernt. Warum um Gottes Willen muss ich für mein Auto zusätzlich Rundfunkgebühren bezahlen?

Das war der Startschuss und ich begann langsam, mich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Heute betreibe ich eine Internetplattform bestehend aus einem Internetportal, einem Forum, Facebook, Google+ und Twitter. Über die ganze Plattform verteilt haben wir tägliche Besucherzahlen im fünfstelligen Bereich – und es werden immer mehr.

Was die GEZ ist bzw. war, weiß jeder von ihnen, denn es gibt kaum einen Menschen in der Republik, der bis 2012 nicht mit dieser Institution zu tun hatte. Heute trägt die GEZ den verniedlichenden Namen Beitragsservice. Bevor ich allerdings über den Beitragsservice weiter rede, möchte ich einen Exkurs in die Vergangenheit machen. Dazu ist es notwendig, sich mit dem Begriff „Grundversorgung“ auseinander zusetzen.

Grundversorgung, das hat jeder von uns schon einmal gehört – Was bedeutet dieser Begriff heute? Die Beantwortung dieser berechtigten Frage ist für die weitere Betrachtung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks von essentieller Natur, denn darauf fußt das gesamte Gebilde. Dazu ein Rückblick auf die zweite Mitte des letzten Jahrtausends: Deutschland war für den schlimmsten Krieg aller Zeiten verantwortlich und die ganze Welt blickte auf uns. Nie wieder sollte etwas Derartiges von uns ausgehen, daher musste der bis dahin vom politischen Einfluss stark geprägte Rundfunk auf andere Füße gestellt werden. Um die Wahrung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu garantieren, war damals ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk notwendig.

Diese Notwendigkeit war auch damit begründet, dass es keinen Gegenpol zum damaligen Rundfunk gab: Nur wenige Sender bevölkerten die Rundfunklandschaft und diese waren gleichzeitig die einzigen Medien, die die Macht besaßen, es bis ins Wohnzimmer jedes einzelnen zu schaffen – eine ungeheure und gefährliche Medienmacht, wenn diese falsch eingesetzt würde. Daher war die Idee einer unabhängigen Grundversorgung aus damaliger Sicht auch richtig.

Zusätzlich war die Welt damals in zwei geteilt und sie befand sich inmitten des kalten Krieges. Man brauchte ein Medium für die Koordinierung im Falle einer realen Bedrohung, welche damals nur aus dem früheren Ostblock kommen konnte. Auch für die „Richtigstellung“ der vom Ost-Funk ausgestrahlten Nachrichten und „Propaganda“ wurde dieses Medium eingesetzt. Sicher wollte man damit selbst mit eigener Propaganda zurückschlagen.

Das alles ist aber Geschichte und man kann nicht mehr im Ernst damit argumentieren, dass ohne eine vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk

gewährleistete Grundversorgung unsere Demokratie und westliche Lebensart irgendwie in Gefahr geraten könnten. Um die Wahrheit zu sagen, ist zurzeit gerade das Gegenteil richtig. Der außer Kontrolle geratene öffentlich-rechtliche Rundfunk ist so mächtig und allgegenwärtig geworden, dass er bereits heute Meinungen erzeugt und diese in die gewünschte Richtung lenkt. Kritik wird bereits heute nachweislich mit sanfter Zensur abgewehrt, was eine sehr Besorgnis erregende Entwicklung darstellt. Man muss sich vergegenwärtigen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk mehr Geld einnimmt als das Bruttoinlandsprodukt mancher Staaten auf dieser Erde – wir leisten uns einen Staat im Staate.

Trotzdem wird uns heute von den öffentlich-rechtlichen Medien und der Politik unisono eingetrichtert, dass wir einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk benötigen. Brauchen wir ihn wirklich? Wir wissen ganz genau, dass die Welt sich in den letzten 25 Jahren grundlegend geändert hat. Als der Begriff Grundversorgung im Jahre 1986 einigermaßen definiert wurde, gab es noch kein Internet und die ersten privaten Sender erblickten gerade das Licht der Welt. Auf der anderen Seite war damals der öffentlich-rechtliche Rundfunk weitaus schlanker als heute. Derjenige, der heute behauptet, wir müssten medial grundversorgt werden, hat die Entwicklung der letzten 25 Jahre komplett verschlafen. Denn, wie sieht es heute aus? Jedem von uns steht heute die Information der gesamten Welt rund um die Uhr zur Verfügung – wir haben das Internet und die privaten Medien, darunter Fernsehen, Radio und natürlich auch die Printmedien.

Wo ist bei dieser Vielfalt noch Platz für einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk? Und wenn, ist es gerechtfertigt, dass man ihn durch Zwangsgebühren mit zurzeit 8 Milliarden € im Jahr finanziert? – Das sind 22 Mio. € pro Tag!

Nun, jetzt kommen wir der Sache etwas näher: Wir müssen für eine Grundversorgung 8 Milliarden € im Jahr bezahlen. In anderen Worten, statistisch gesehen, ca. 100 € pro Jahr und Einwohner, wenn man von 80 Millionen Einwohnern ausgeht. Diese Zahlen sollte man immer vor Augen

halten: Jahr für Jahr bezahlt jeder von uns, egal ob Baby, jung, alt, Frau oder Mann, 100 €, um medial grundversorgt zu werden.

Nun werden viele von ihnen sagen, der öffentlich-rechtliche Rundfunk erfülle einen Informations- und Bildungsauftrag. Ja, was ist das? Hat jemand von Ihnen sich jemals gefragt, was das wirklich bedeutet? Beginnen wir mit dem Informationsauftrag.

Was ist Information heute? Das sind Nachrichten über das tägliche Geschehen und auch Themen, die uns alle interessieren oder zumindest interessieren sollten. Wenn irgendwo auf dieser Welt etwas geschieht, werden wir von den Nachrichtensendungen darüber informiert. Aber Hand aufs Herz, müssen gleich 100 Sender darüber berichten? Ja, Sie hören richtig, 100 Sender mehr oder minder. Wenn ich mich nicht verzählt habe, verfügen wir zurzeit über 23 Fernseh- und weit über 70 Radiosender – das macht ungefähr die magische Zahl von 100. Sollte ich mich hier verzählt haben und es sind vielleicht „nur“ noch 90 Sender, wird die Sache dadurch sicherlich nicht besser. Es sind einfach zu viele Sender, die alle unterhalten werden müssen und viel Geld verschlingen. Für Nachrichten sind ein Fernseh- und ein Radiosender vollkommen ausreichend. Da man unmöglich 24 Stunden lang ununterbrochen Nachrichten ausstrahlen kann, kann man zwischen zwei Nachrichtensendungen weitere Informationssendungen ausstrahlen. Damit wäre der Informationsauftrag vollkommen erfüllt.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll auch einen Bildungsauftrag erfüllen. Nun, kennt jemand von Ihnen irgendeinen Menschen, der seine Bildung im Fernsehen erlangt hat? Es gab in den achtziger Jahren diese Sendungen wie zum Beispiel Telekolleg, die damals wirklich wertvoll waren, aber im Ernst, heute haben wir das Internet, 24 Stunden lang, immer offen, immer wenn ich kann und Zeit habe, und nicht ausschließlich wenn eine Sendung ausgestrahlt wird. Internet ist interaktiv, bidirektional, aktuell und preisgünstig. Habe ich etwas nicht verstanden, kann ich es wiederholen. Das alles können weder Radio noch Fernsehen leisten.

Daher kann sich Bildung im Rundfunk lediglich auf Dokumentationen und aktuelle Themen beschränken, die in einer Landschaft bestehend aus einem einzigen Fernseh- und Radioprogramm, zwischen den Nachrichtensendungen ausgestrahlt werden können. Das wäre eine echte Grundversorgung.

Ich weiß ganz genau, dass ich gerade einige von ihnen auf den Kopf stoße. Nur ein Fernsehprogramm? Nur ein Radioprogramm? Dass kann nicht sein! Doch! Mehr brauchen wir heute nicht. Wir sollten frei von Dogmen folgende Frage stellen: Brauchen wir den heutigen aufgeblähten öffentlich-rechtlichen Rundfunk für 8 Milliarden € im Jahr bzw. 22 Millionen € pro Tag? – Und im nächsten Jahr wahrscheinlich 8,5 Milliarden €?

Alleine aus Gebühren nimmt der öffentlich-rechtliche Rundfunk dieses Jahr – wie bereits mehrmals erwähnt – über 8 Milliarden € ein. Bisher waren „lediglich“ 7,5 Milliarden. Wie Sie den Nachrichten in den letzten Tagen entnehmen konnten, erhält der öffentlich-rechtliche Rundfunk „vollkommen unerwartet“ eine halbe Milliarde Euro mehr. Für das nächste Jahr ist nochmals mit einer weiteren beachtlichen Steigerung zu rechnen.

Wäre dieses Geld in echte Infrastruktur nicht besser investiert?

Deswegen habe ich in den letzten Jahren immer wieder Politiker kontaktiert, um einen Dialog über dieses Thema zu versuchen. Allerdings wird man immer wieder mit denselben Floskeln von oben herab abgeschmettert: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk erfülle einen wichtigen Informations- und Bildungsauftrag. Er sei eminent wichtig für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und ein Garant für die Wahrung unserer westlichen Lebensart und sogar von „Demokratieabgabe“ war schon die Rede. Weiter: Jeder müsse solidarisch dazu beitragen, dieses System aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln. – Schöne Floskeln aus der gleichen Floskelkiste, denn es ist vollkommen egal, ob ich einen Politiker in Baden-Württemberg kontaktiere oder einen hier in Berlin: Von allen bekommt man genau die gleichen Antworten. Traurig aber wahr.

Was mich besonders sauer aufstößt, ist das Wörtchen „solidarisch“. Solidarisch mit wem? Ein Rentner mit 800 € Rente muss 18 € im Monat abdrücken, dasselbe eine alleinerziehende Frisörin, die für 700 € einen ganzen Monat arbeitet, um ihre Kinder groß zu ziehen, während auf der anderen Seite ein Fernsehintendant nahezu 30.000 € im Monat bekommt – das ist mehr als das, was unsere Kanzlerin verdient. Ist das solidarisch? Ehemalige pensionierte Mitarbeiter des ZDF erhalten z. B. zusätzlich zur normalen Rente durchschnittlich noch 1.800 EUR. Als weiteres Beispiel möchte ich die Löhne und Gehälter des Südwestfunks aufführen: im Durchschnitt 110.000 € jährlich je Mitarbeiter. Wie kann man noch von Solidarität reden?

Stellen wir uns vor, wir würden jährlich nur ein Teil dieser 8 Milliarden € in echte Bildung investieren. Wäre das Geld hier nicht besser angelegt? Wie viel Sendungen haben Sie in letzter Zeit gesehen, also in den letzten 3 bis 4 Jahren, die sich mit maroden Schulen, schlechter Integration von Kindern mit Migrationshintergrund, Jugendkriminalität usw. befassen? Wären alle diese Sendungen notwendig gewesen, wenn man über ein zusätzliches Budget von mehreren Milliarden Euro im Jahr für echte Bildung verfügte? Für Integration oder Jugendarbeit?

Und so schließt sich langsam der Kreis, denn auch Sie bekommen durch den Rundfunkbeitrag ein finanzielles Problem – viele von Ihnen auch ein Gewissensproblem. Sie müssen gestaffelt nach Betriebsstätten, Pkws, Mitarbeiter und Zimmer Rundfunkgebühren entrichten:

Für Betriebe im Hotel- und Gaststättengewerbe richtet sich der Rundfunkbeitrag nach der Mitarbeiteranzahl pro Betriebsstätte, der Anzahl an Hotelzimmern pro Betriebsstätte sowie der Zahl der Kraftfahrzeuge. Das jeweils erste Zimmer ist beitragsfrei. Für alle anderen Zimmer fallen 5,99 € im Monat an. Ein Firmenfahrzeug ist pro Betriebsstätte enthalten – für jedes weitere Fahrzeug muss ein Betrag von ebenfalls 5,99 € pro Monat gezahlt werden.

Sie können Ihre monatliche Belastung unter der Adresse des Beitragsservices ermitteln.

https://www.rundfunkbeitrag.de/anmelden_und_aendern/beitragsrechner/

Dabei ist es vollkommen egal, ob Sie öffentlich-rechtlichen Rundfunk in ihren Einrichtungen anbieten. Auch wenn Sie kein einziges Empfangsgerät besitzen, müssen Sie sich „solidarisch“ an der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beteiligen. Nun, ich gehe schwer davon aus, dass Sie nicht auf diesen Mehrkosten sitzen bleiben wollen und demnach diese an Ihren Kunden weitergeben.

Ihre Kunden sind jedoch Kinder und Jugendliche, deren Eltern bereits zuhause den Rundfunkbeitrag entrichten. Deswegen frage ich mich, warum müssen Kinder und Jugendliche nochmal dafür bezahlen? Ist das noch solidarisch oder mit gesundem Menschenverstand nachvollziehbar? – Nein, das ist weder solidarisch, noch lässt sich das mit gesundem Menschenverstand nachvollziehen. An dieser Stelle muss Klartext geredet werden: Hier geht es nur und ausschließlich um Geld und Macht.

Was können Sie dagegen unternehmen? Eine einfache Antwort kann ich Ihnen leider nicht bieten, sondern einen möglichen Weg aufzeigen. Stellen Sie die Zahlungen an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein und klagen sie medienwirksam gegen den Rundfunkbeitrag. Wie Sie wissen, haben bereits einige große Unternehmen in Deutschland Klage eingereicht – ich nenne hier als Beispiel die Drogeriekette Rossmann und der Autovermieter Sixt. Ich bin allerdings der Meinung, dass Ihre Institution eine weitaus höhere Durchschlagskraft entwickeln kann, denn Sie leisten Kinder- und Jugendarbeit.

Im Übrigen reicht es vollkommen aus, den Rundfunkbeitrag in einem einzigen Bundesland zu kippen – damit wäre der so genannte Rundfunkbeitragsstaatsvertrag bundesweit ungültig. Der Grund dafür liegt darin, dass der Staatsvertrag nur dann gültig ist, wenn dieser von allen 16 Bundesländern ratifiziert wird. Unter diesem Gesichtspunkt wäre es eine Überlegung wert, gleichzeitig in allen 16 Bundesländern Klage einzureichen. Hier können mit Sicherheit ihre Anwälte Genaueres dazu sagen.

Darüber hinaus kann natürlich jeder für sich alleine als Privatperson klagen. Dazu muss man wie folgt vorgehen:

- Falls erteilt, Dauerauftrag bei seiner Hausbank löschen oder Einzugsermächtigung an den Beitragsservice widerrufen.
- Zahlungen einstellen.
- Mahnungen kassieren.
- Beitragsbescheid abwarten. Diesen muss man oft mehrmals anfordern, da der Beitragsservice dessen Ausstellung meidet, wie der Teufel das Weihwasser.
- Innerhalb von 4 Wochen nach Erhalt des Beitragsbescheides Widerspruch erheben – die Begründung spielt an dieser Stelle keine große Rolle.
- Widerspruchsbescheid abwarten. Das kann dauern und es können dazwischen Einschüchterungsschreiben vom Beitragsservice kommen. Dabei nur insofern reagieren, als man seinen Anspruch auf den Widerspruchsbescheid bekräftigt.
- Wenn endlich der Widerspruchsbescheid kommt, innerhalb von 4 Wochen Klage mit Begründung beim zuständigen Verwaltungsgericht einreichen. Das zuständige Verwaltungsgericht ist auf dem Widerspruchsbescheid vermerkt.

Je nach Bundesland gibt es noch einige Besonderheiten zu beachten, auf die ich aber hier nicht näher eingehen möchte.

Wenn man als Privatperson Klage einreicht, sollte man darauf bestehen, die gesamte Verhandlung schriftlich zu führen. Damit vermeidet man, dass die Gegenseite Anwälte vor Ort schickt und so die Kosten in die Höhe treibt. Wenn man das beachtet, kostet das Ganze in der ersten Instanz um die 130 €. Einen Anwalt brauchen Sie in der ersten Instanz nicht.

Die Kosten der ersten Instanz hängen vom Streitwert ab. Wie hoch diese im Einzelfall sind, kann Ihnen Ihr Anwalt sagen oder Sie benutzen einfach einen der vielen Prozesskostenrechner, die es im Internet gibt. Als Privatperson sind die Kosten überschaubar, als Verband wird die Sache etwas schwieriger, allerdings dürften die Kosten ebenfalls auf einem relativ niedrigen Niveau liegen, da der Streitwert nicht so hoch ist.

Ich kann mir gut vorstellen, dass es sinnvoll wäre, in jedem Bundesland zu prozessieren, in dem es einen Haupt- und viele Nebenkläger gibt. Hier müssten Sie ebenfalls Ihre Anwälte zurate ziehen.

Wenn Sie Erfolg haben möchten, müssen sie geschlossen als Verband auftreten und alle Register ziehen. Das bedeutet, dass Sie gleichzeitig auf mehreren Fronten aktiv werden müssen: Einerseits sollten Sie überprüfen, wie Sie als Verband gegen den Rundfunkbeitrag vorgehen können; auf der anderen Seite sollte jeder in Erwägung ziehen, dasselbe mit seinem Unternehmen zu machen.

Dabei sollten Sie alle Aktionen medienwirksam durchführen. Sie sollten zum Beispiel nicht nur die lokale Presse einschalten, sondern auch regional und überregional die Werbetrommel über Internet, Zeitungen, Radio und Fernsehen rühren. Darüber hinaus empfehle ich Ihnen, unbedingt die Politik einzuschalten – dazu gehören sowohl die Politiker vor Ort, wie auch auf Landes- und Bundesebene.

Ich empfehle ebenfalls eine kurze Informationsbroschüre, die Sie an Ihre Gäste aushändigen, um auf diese Missstände aufmerksam zu machen. Das wäre ein guter Multiplikator, der nur geringe Kosten verursacht.

Da sie Kinder- und Jugendarbeit leisten, wäre das Einschalten der Kirchen ebenfalls empfehlenswert. Im Übrigen, jetzt wo ich die Kirche erwähne: Haben Sie sich jemals gefragt, warum Sie in diesem Lande die Möglichkeit haben, aus einer Kirche auszutreten, nicht jedoch aus dem Rundfunk? Ist das nicht ein bisschen pervers?

Ich könnte Ihnen noch sehr viel über dieses Thema erzählen, zum Beispiel über die Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die weitere Einnahmen generiert. Auch über die Werbebranche, die maßgeblich von einem Unternehmen der ARD dominiert wird, und ebenfalls große Einnahmen erzielt. Wir könnten uns auch über die Gagen von Moderatoren unterhalten, die vollkommen überzogen sind und meistens über Drittfirmen – so genannten Produktionsfirmen – abgerechnet werden. Nicht zu vergessen, die vielen Skandale der letzten Jahre und der sorglose Umgang mit Gebührengeldern, in dem nicht selten sich ARD und

ZDF wegen Übertragungsrechte gegenseitig überbieten und so diese künstlich in astronomische Höhen katapultieren. Man könnte sich auch über das Programm unterhalten: Müssen wir Musikantenstadl, Carmen Nebel, Tatort usw. zwangfinanzieren? Das hat mit einer Grundversorgung überhaupt nichts mehr zu tun und ehrlich gesagt, ich möchte so was nicht mitfinanzieren. Ich habe auch nichts dagegen, wenn jemand sich für solche Sendungen begeistern lässt, dann soll er aber bitteschön zur Kasse gebeten werden – ich will jedoch in Ruhe gelassen werden.

Ich möchte das Thema nicht ins Unendliche ziehen, so dass ich an dieser Stelle meinen Vortrag beenden will. Ich hoffe sehr, dass es mir einigermaßen gelungen ist, Ihnen das Phänomen öffentlich-rechtlicher Rundfunk aus einer anderen Perspektive näher gebracht zu haben. Ich möchte Ihnen noch sagen, dass Sie nicht die einzigen sind, die sich mit diesem Problem auseinandersetzen. Es sind eigentlich sehr viele Leute, Firmen und sonstigen Institutionen, die sich mit diesem Problem befassen. Allerdings ist es sehr schwer, eine gesamtgesellschaftliche Diskussion über dieses Thema anzustoßen, denn wir haben es nicht nur mit einer Wirtschaftsmacht zu tun, sondern auch mit einer der größten medialen Mächte des Planeten. Das Thema wird vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk entweder totgeschwiegen, oder es finden vereinzelt Sendungen statt, die den Rundfunkbeitrag quasi als Wohltat anpreisen. Ich bin echt gespannt, ob und was die öffentlich-rechtlichen Medien über diese Veranstaltung berichten.

Nun möchte ich mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und Geduld bedanken. Falls Sie noch Fragen über das Thema haben, so versuche ich gerne, diese im Anschluss zu beantworten. Sollten Sie erst in den nächsten Tagen Fragen über das Thema haben, so kann ich Ihnen insbesondere unser Forum empfehlen.

Herzlichen Dank! – Noch Fragen?